Nach Redactionsschluß.

In der 12. Stunde dieser Nacht traten die Stadtverordneten nach langer Verhandlung der stadträthlichen Vorlage über das Badergassen-Durchbruchs-Project allentalben und ohne jede Bedingung bei, und zwar mit 54 gegen 13 Stimmen. Damit ist dieses Project gesichert, dagegen das Frohngassen-Project gefallen. Im Saale wie auf den überfüllten Tribünen brach ein stürmisches Bravorufen aus.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Nacht-Telegramm.

London. Im Unterhause gelangte die Botschaft der Königin zur Verlesung, Anlaß deren die Königin angesichts der Lage der Staatsangelegenheiten und der an der militärischen Streitkräfte gerichteten großen Anforderungen zum Schutze der Interessen des Reichs beschlossen hat, die Reserve und Milizreserve einzuberufen.

Gardinen-Fabrik
von Ed. Doss i. Auerbach i. V., Special- u. Hauptgesch. Dresden, Waisenhausstr. 25 (Victoria-Salon) empf. sächs., engl., schweiz. Gard. in weiss, crême, bronzegoldfarb. echt Filet-Guipeto. Fenster v. 3 bis 100 Mk. Musterversend. prompt. Reuter zu h. reduzirten Preisen.

Billigste Bezugsquelle
für
Tapisserie-Arbeiten. Hartmann & Saam,
Schloss-Strasse 17, gegenüber dem K. Schlosse.

Restaurant „Bismarck", Bismarckplatz Nr. 2,
Restaurant ersten Ranges, mit grossen Localitäten, Billard- und Speise-Saal, empfiehlt seine renommirte Küche, Menus von 1 Mark aufwärts und à la carte, sowie bestgepflegte Biere und Weine auf's Angelegentlichste.
Hochachtungsvoll Ernst Tauscher.

Nr. 86. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 27. März: Schwacher unbest. Wind. Veränderl. Bewölkung. Etwas Niederschlag. Temperatur etwas wärmer. | Dresden, 1885. **Freitag, 27. März.**

Abonnement.

Die geehrten auswärtigen Leser der „Dresdner Nachrichten" bitten wir das

Abonnement für das zweite Quartal 1885

baldigst erneuern zu wollen, damit die Nummern ohne Unterbrechung weiter geliefert werden können.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Abonnement in Dresden bei der Expedition (incl. Bringerlohn **2 Mark 50 Pf. vierteljährlich**, bei den Kaiserl. Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet **2 Mark 75 Pf.**, in der Oesterreich-Ungarischen Monarchie **2 Gulden 29 Kreuzer excl. Agiozuschlag.**

In der **allwöchentlichen Zugabe** eines humoristisch-illustrirten Theiles dürften die geschätzten Abonnenten und Leser der „Dresdner Nachrichten" eine willkommene Vermehrung des Unterhaltungs- und Lesestoffes gefunden haben.

Expedition der „Dresdner Nachrichten".

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Inwiefern die Beschlüsse des preußischen Abgeordnetenhauses betreffs Verwendung des preußischen Antheils an den Getreide- und Viehzöllen auf die ganzen Steuerverhältnisse im Reiche rückwirken, haben wir gestern bereits hervor. Die Wichtigkeit der Sache erheischt ein nochmaliges Zurückkommen darauf. Der Kern der Sache ist folgender: je ungünstiger sich in Preußen die Finanzlage gestaltet, desto eifriger dringt der preußische Finanzminister darauf, daß das Reich neue Steuerquellen erschließe, aus denen die preußischen Staatskassen gespeist werden. In den nichtpreußischen Bundesstaaten wird zwar dieser Sachverhalt berechtigtes Kopfschütteln erregen und man wird unseren Berliner Bundesbrüdern zurufen: Sorgt Ihr doch zunächst selbst für Euch! Wozu soll der Bayer und Sachse, der Schwabe und Hanseate mehr Reichssteuern aufbringen, weil Eure Einnahmen nicht zulangen, Eure Finanzen mit einem Defizit abschließen? Wir möchten aber keinem anderen Bundesstaat, der vielleicht auch an Finanznöthen laborirt, es rathen, den Anspruch zu erheben, daß ihm zu Liebe die preußischen Staatsbürger neue oder höhere Reichssteuern zahlen sollen. In allen Tonarten würde ihm von Berlin aus der Rath gegeben werden: wenn Du Kleinstaat nicht ohne fremde Hilfe richtig haushalten kannst, so verzichte nur je eher je lieber auf Deine Sonderexistenz. Aber da Preußen, die führende Macht Deutschlands es ist, die erklärt, ohne Reichsvorspann bleibe sein Finanzkarren in den Straßenlöchern des Defizits stecken — so ist natürlich das Aufbringen neuer Reichssteuern unsere ganz einfache Pflicht und Schuldigkeit. Soweit bietet der Vorgang nichts wesentlich Neues. An solche Dinge sind wir nun schon gewöhnt. Wogegen aber seitens der übrigen Bundesstaaten entschieden Einsprache zu erheben ist, das ist das Vorhaben, das preußische Staatsdefizit künstlich noch größer zu machen, um aus dem absichtlich vermehrten Finanzbedarf Preußens die Verpflichtung des Reichstags herzuleiten, immer wieder neue Belastungen aller deutschen Steuerzahler herbeizuführen. Bereits hat der Finanzminister Herr v. Scholz in der betreffenden Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses auf Tabak, Bier und Branntwein hingedeutet, aus denen recht gut bedeutende Mehrbeträge an Steuereinnahmen herauszuschlagen wären. Wir vermissen in dieser Liste zwar den Zucker und machen nur vorübergehend die Anmerkung, daß eine noch höhere Besteuerung des Tabaks ganz sicherlich zum Monopol führen würde — aber von diesen und anderen Einzelheiten für heute abgesehen: das deutsche Volk weiß es jetzt aus berufenem Munde, worauf die Steuerweisheit der Berliner Finanzkünstler ausgeht! Deshalb ist der Beschluß, den das Abgeordnetenhaus unter dem Beifall der Regierung fassen wird: den preußischen 14½ Millionen-Antheil an den erhöhten Getreide- und Viehzöllen nicht zur Deckung des preußischen Staatsdefizits zu verwenden, sondern an die preußischen Gemeinden zu allerhand an sich recht nützlichen Verwendungen wegzuschenken, von sehr bedenklicher Tragweite für alle Steuerzahler im Reiche.

Das Verfahren, Einnahmen nicht zur Deckung der Bedürfnisse zu verwenden, sondern fortzuschenken, dafür aber die eigenen Bedürfnisse durch Anleihen zu bestreiten, ist wunderbar. Den bisherigen Begriffen einer geordneten Finanzwirthschaft widerstreitet es schlechterdings. Ein Privatmann, der so verführe, würde in kürzester Frist bankerott. Wenn ein solcher Vorschlag von einer so klugen Partei, wie das Centrum, ausgeht, so muß es seinen Haken haben. Hier giebt's aber gleich zwei Haken. Einmal will das Centrum dem Vorwurfe begegnen, daß es durch Zustimmung zu den Getreidezöllen die Lebensmittel der städtischen Bevölkerungen vertheuert habe. Gleichsam als Ersatz dafür weist es den Gemeinden den Ertrag der Lebensmittelzölle zu. Damit macht es sich aber auch für die im Herbste bevorstehenden Landtagswahlen bei den städtischen Bevölkerungen lieb Kind und sichert den Centrumscandidaten eine recht wohlwollende Aufnahme. Diese Vorkehrung für die bevorstehenden Wahlen geht soweit, daß das Centrum in der 3. Lesung der Getreidezölle nach Ostern zurücktreten würde, wenn nicht nach dem v. Huene'schen Antrage der Ertrag dieser Zölle den Gemeinden zuflösse. Um also im Reichstage eine sichere Mehrheit für die Getreide- und Viehzölle zu erzielen, erklärt sich im Abgeordnetenhause der preußische Finanzminister für den so fragwürdigen Huene'schen Antrag. Bisher bekämpfte er ihn, jetzt findet er ihn recht annehmbar. Der Wind weht eben in Berlin, wie man ihn braucht. Noch die letzte preußische Thronrede hatte ein Gesetz angekündigt, wornach auch künftig die 3. und 4. Klasse der Einkommensteuer den Pflichtigen erlassen und der Ausfall durch Einführung einer Kapital-Rentensteuer gedeckt werden soll. Jetzt erklärt der Finanzminister, daß diese ganz löbliche Doppelabsicht aufgegeben sei. Warum? Ebenfalls aus Rücksichten auf die bevorstehenden Landtagswahlen. Die Kapitalisten sollen im Regierungslager erhalten werden. Schonung des Kapitals ist das Augenblicks-Feldgeschrei. Deshalb wird auch aus der Börsensteuer Nichts. Man braucht gar nicht soweit zu greifen, daß Fürst Bismarck persönlich ein Gegner einer Besteuerung der Kapitalrente sei. Nein — aus bloßen Wahlrücksichten wird von den Finanzkünstlern in Berlin heute der eine Theil der Bevölkerung mit einem Steuerprogramm gelockt und morgen wieder der andere Theil durch ein zweites geschreckt. Eine so wechselnde, sich nach den Augenblicksbedürfnissen der Wahlen ändernde Steuerpolitik, die ohne wirkliches Programm immer nur auf Plusmacherei ausgeht, hinter welcher der oberste Grundsatz jeder Besteuerung, die allseitig ausgleichende Gerechtigkeit, zurücktritt, verscherzt damit jeden Anspruch auf Vertrauen der Bevölkerung.

Die englischen Zeitungen mobilisiren immer neue Armeecorps gegen Rußland; bei genauerem Hinsehen findet man, daß es sich immer um dieselben indischen Truppen, in angeblicher Stärke von 50,000 Mann, die kriegsbereit und an die afghanische Grenze marschfertig gemacht werden sollen, handelt. Der Zweck solcher und anderer kriegerischer Meldungen ist lediglich der, die Russen einzuschüchtern. Vielleicht gelänge Das bis zu einem gewissen Grade, wenn nur nicht die Depeschen vom Kriegsschauplatz im Sudan die englische Heeresleitung und Kriegskunst in so üblem Lichte erscheinen ließen. Es liegt nun auf der Hand, daß England unmöglich gleichzeitig gegen den Mahdi, der, wenn er auch ein falscher Prophet ist, doch der muselmännischen Welt als der Glaubensheld und Retter des Islam erscheint und gegen den Zar, das Oberhaupt der griechisch-katholischen Christenheit, zu Felde ziehen kann.

Verhältnißmäßig glatt hat die französische Kammer das neue Wahlgesetz, das sogen. Listenscrutinium, angenommen. Nach dem neuen Wahlverfahren werden künftig sämmtliche Abgeordnete eines Departements, je nach dessen Größe 5—15, auf einer und derselben Liste gewählt, während bisher jedes Arrondissement nur einen Abgeordneten wählte. Um die Sache an einem deutschen Beispiel klar zu machen: unsere Stadtverordnetenwahlen auf einer einzigen Liste entsprechen in der Hauptsache dem künftigen französischen Listenscrutinium, während unsere Land- oder Reichstagswahl mit ihren einzelnen Wahlkreisen sich mit der bisherigen Wahl nach Arrondissements deckt. Welche Vorzüge das eine oder andere Wahlverfahren gerade für den Charakter der Franzosen enthält, sei morgen einer Darlegung vorbehalten. Heute sei nur daran erinnert, daß Gambetta's Sturz s. Z. deshalb erfolgte, weil die jetzige Kammer sich nicht mit diesem seinem Lieblingsplane zu befreunden vermochte. Wenn dieselbe Kammer mit der auffälligen Mehrheit von 412 gegen 99 Stimmen das ihr früher so verhaßte Wahlsystem gutheißt, so hat Das seinen einzigen, aber nicht gerade sehr preislichen Grund darin, daß die Kammer jetzt am Schlusse ihrer Thätigkeit steht und die Regierung den republikanischen Deputirten die Zusicherung ertheilt hat, sie würde bei den künftigen Pariser Central-Wahlcomités diese ehrenhaften Deputirten sämmtlich auf die Liste stellen. Diese praktischen Republikaner sichern sich also durch ihre Gefügigkeit gegen die Regierung ihre eigene Wiederwahl. Die Regierung kann sich eine gefügigere Kammer wie die jetzige gar nicht wünschen; sie trifft also die Vorbereitungen für deren sichere abermalige Wahl. Die republikanischen Deputirten fressen auch fernerhin an den stets vollen Staatskrippen und die Regierung schaltet mit den Hilfsquellen und der Macht Frankreichs weiter nach Belieben. So wäscht eine republikanische Hand die andere.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 26. März.

Berlin. Beide Häuser des preußischen Landtages wurden heute vertagt (das Abgeordnetenhaus bis zum 14. April), nachdem in beiden die Nothstandsvorlage für die Weichsel-Ueberschwemmten angenommen und der Präsident beauftragt worden, Fürst Bismarck zum 70. Geburtstage zu beglückwünschen. Das Herrenhaus, in welchem auch gegen Schluß Fürst Bismarck erschien, nahm außerdem die Vorlage wegen Schadloshaltung des herzoglich schleswig-holsteinischen Hauses an.

Berlin. Bei den Berathungen der Vorlage über Zusammensetzung der Schwurgerichte (Verminderung der Geschworenen) in den Bundesrathsausschüssen haben sich so viele Schwierigkeiten ergeben, daß der Entwurf in dieser Session nicht mehr an den Reichstag gelangen wird. — Es sind bereits alle Anordnungen ergangen, um die Zusammensetzung der Verwaltung der westafrikanischen Schutzgebiete, also zunächst von Kamerun, herzustellen. Für die verschiedenen Stellen sind bereits geeignete Persönlichkeiten berufen. Ueber die Person des Gouverneurs scheint endgiltige Entscheidung noch nicht getroffen zu sein. — Bei der deutschen Pilgerfahrt nach Rom wird Frhr. v. Bodmann die Adresse der Pilger an den Papst überreichen. — In Flensburg soll ein Offizier wegen Verdachtes des Landesverrathes verhaftet worden sein. — Der am Mittwoch verstorbene Oberhofprediger Generalsuperintendent Dr. Karl Schwarz wird Sonnabend Nachmittag in Gotha durch Feuer bestattet werden.

Gotha. Der berühmte Theologe Generalsuperintendent Schwarz ist gestorben.

Wien. In der Vorstadt Mariahilf vergiftete sich heute der Nähmaschinenfabrikant Burghardt sammt Frau und Kind wegen ungünstiger Geschäftslage mit Cyankalium. — Es verlautet, ein jugendliches Mitglied des Kaiserhauses, Erzherzog Franz Ferdinand werde sich demnächst mit der Tochter des Grafen von Paris, Prinzessin Amalie, verloben.

Paris. Der Munizipalrath beschloß die Zurücknahme des Ausweisungsbefehls gegen die ausländischen Sozialisten zu verlangen. In seinen fortgesetzten Enthüllungen erzählt Andrieux die Geheimfonds des Ministerium des Innern würden größtentheils zur Unterstützung der offiziellen Kandidaten, also zu Bestechungen verwandt. Er nennt den Abgeordneten Josef Fabre, der 1881 auf Befehl Gambetta's mit Mitteln des Geheimfonds gewählt wurde. Fabre protestirt nun gegen diese Beschuldigung, er leugnet nicht, Geld von Gambetta empfangen zu haben; das Geld sei aber aus Gambetta's Tasche, und nicht aus dem Geheimfond geflossen.

London. Die Getreidefirma Scurmanga und Comp. mit Filialen in Petersburg, Rostow und Marseille hat infolge schlechter Konjunkturen die Zahlungen eingestellt. Die Passiven sind bedeutend. Die Petersburger Filiale stellte ebenfalls ihre Zahlungen ein.

Malta. Der Aviso „Iris", mit dem Sklavenhändler Jehehr Pascha an Bord, ist nach Gibraltar abgegangen.

New-York. Der Präsident von San Salvator befindet sich mit 10,000 Mann an der Grenze von Guatemala, bereit, Barrios entgegenzutreten — Nach einer Depesche aus Panama sind die Führer der Aufständischen und Vertreter der Regierung in Panama zusammengekommen und haben beschlossen, eine Kommission zur Regelung der Streitfragen zu ernennen.

Die Berliner Börse verlief infolge starker Kursherabsetzungen für russische Anleihen aus London lustlos, matt. Erst der Schluß brachte leichte Erholung und Befestigung. Spekulative Banken zeitweise recht lebhaft angeboten. Kurse schwächer, deutsche Bahnen mußten mit Ausnahme von Marienburger und Ostpreußen eine Kleinigkeit nachgeben, ebenso österreichische Bahnen. Fremde Renten matt, besonders Russen. Im Kassaverkehre waren Bahnen nachlassend, ebenso Bergwerke. Banken sehr ruhig, Industrien vorzugsweise behauptet, deutsche Fonds schwach, ebenso österreichische Prioritäten.

Frankfurt a. M., 26. März. Credit 235⅞. Staatsbahn —. Lombarden —. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier —. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente 81⅛. 77er Russen —. 80er Russen —. 3. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanl. —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Disconto 2½. Egypter 67⅞. Gotth.-B. —. Türken —. Still.

Wien, 26. März. Credit 301,60. Staatsbahn 305,40. Lombarden 138,50. Nordwestb. 173,20. Marknoten 60,60. Ung. Credit 310,00. Geschäftslos.

Paris, 26. März. Schluß. Rente 81,10. Anleihe 110,10. Italiener 97,45. Staatsbahn 630,00. Lombarden 340,00. do. Prioritäten —. Egypter 342,00. Oest. Goldrente —. Spanier 64,10. Ottomanen 597,60. Schwankend.

London, 26. März, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 96⅛. 1873er Russen 92. Italiener 95⅜. Lombarden 11. Türken 17 9/16. 4% fund. Amerik. 124⅛. 4% Ungar. Goldrente 79⅞. Oesterr. Goldrente 88. Preußische Consols 102⅛. Egypter 66 11/16. Ottomandank 15 7/16. Suez-Actien 84½. — Stimmung: Matt.

Breslau, 26. März, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. April-Mai 42,40, pr. Juni-Juli 44,00, pr. Juli-August 44,60. Weizen pr. März 163,00. Roggen pr. April-Mai 141,00, pr. Juni-Juli 141 148,00, pr. Juli-August 147,00. Rüböl loco pr. März 49,25, pr. April-Mai 50, pr. Septbr.-October 52,25. Hafer unverändert. — Wetter: Trübe.

Stettin, 26. März, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen matt, loco 152—164, pr. April-Mai 163,50, pr. Juni-Juli 170,50, pr. Sept.-October 177,50. Roggen matt, loco 134—138, pr. April-Mai 142,50, pr. Juni-Juli 145,50, pr. Sept.-Oct. 148,50. Rüböl unverändert, pr. April-Mai 49,50, pr. Sept.-Oct. 52. Spiritus behauptet, loco 41,20, pr. April-Mai 42,30, pr. Juni-Juli 44,00, pr. August-September 45,40. Petroleum loco 8,10.

Paris (Produkten), 26 März. (Schluß.) Weizen pr. März 21,80, Mai-August 22,80. Rüböl. Spiritus pr März 47,25, pr. September-December 46,75. — Rüböl. Rüböl per März 65,75, September-December 66,75. Behauptet.

Amsterdam (Produkten) 26. März. (Schluß.) Weizen Mai —. Roggen pr. März 162, per Mai 154.

Lokales und Sächsisches.

— Die zu Beginn der gesternabendlichen öffentlichen Stadtverordnetensitzung zur Vertheilung gelangten gedruckten Gutachten des vereinigten Verwaltungs-, Rechts- und Finanzausschusses in der Durchbruchsangelegenheit lauten: Majoritätsgutachten: „Kollegium wolle der Rathsvorlage seine Zustimmung ertheilen"; — Minoritätsgutachten: „Kollegium wolle in Erwägung: 1) daß zwar das Bedürfniß einer besseren Verbindung der inneren Stadt mit der Pirnaischen Vorstadt nicht zu verkennen ist, aber die Nothwendigkeit diesem Bedürfnisse durch die vom Rathe geplante, enorme Opfer erfordernde Straße von unverhältnißmäßigen Dimensionen abzuhelfen, nicht besteht, 2) daß die Ausführung des Projektes für eine große Anzahl von Mitbürgern, Miethern wie Hausbesitzern, nicht unwesentliche Schädigungen mit sich bringen würde, 3) daß die von der Stadt aufzuwendenden Mittel weder zu den für die Gesammtheit erhofften Vortheilen, noch zu der finanziellen Lage der Stadt, an welche bekanntlich in nächster Zeit namhafte Anforderungen unabweisbarer Art herantreten werden, im richtigen Verhältnisse stehen, 4) daß ferner die finanzielle Durchführung des Projektes in einer Weise, welche die Betheiligung der Stadt ziffermäßig und zeitlich fest begrenzt, nicht ausreichend gesichert sein würde, worauf um so mehr Gewicht zu legen, als die Stadt auch mit ihrem Anlehen und Kredit für das Projekt einkreten soll, 5) daß es nicht gerathen erscheint, sich mit dem bisherigen, besonnenen Vorgehen in finanziellen Angelegenheiten der Stadt durch übereilte Bewilligung eines Projektes, welches bei der Kürze der gegebenen Zeit nicht mit einer der zu übernehmenden Verantwortung entsprechenden Sorgfalt vorbereitet und vorberathen werden konnte, in Widerspruch zu setzen, 6) daß auch gegen einzelne Bestimmungen des mit den Unternehmern abzuschließenden Vertrages und des Bebauungsregulatives erhebliche Bedenken vorliegen, welche sich bei der durch die Sachlage gebotenen Eile durch geeignete Modifikationen nicht mehr beseitigen lassen, I. die Rathsvorlage, das Durchbruchsprojekt Altmarkt — Pirnaischer Platz betr., ablehnen, gleichzeitig aber auch seine Geneigtheit aussprechen, die zu einer dem vorhandenen Bedürfnisse entsprechenderen Gestaltung der Verkehrsverhältnisse zwischen innerer Stadt und Pirnaischer Vorstadt sowie in anderen Stadttheilen nothwendigen Mittel zu bewilligen, 2) die für das Project eingegangenen Petitionen für erledigt, endlich 3) das sogenannte Frohngassen-Project der Dresdner Baugesellschaft in Uebereinstimmung mit dem Rathe wegen ungenügender Unterlagen für gegenstandslos erklären." — Ueber das Resultat der Abstimmung wolle man das am Kopfe dieser Nummer Mitgetheilte lesen.

— Aus den Verhandlungen des Berliner Centralkomitees über die Bismarckspende ist noch Folgendes hervorzuheben: Der Landesdirektor von Hannover, v. Bennigsen, erkannte an, daß sich das Komitee in einer Zwangslage befinde; er empfahl die Theilung der Summe von 2½ Mill. und die Hälfte für den Gutskauf, die Hälfte zu einer Stiftung zu verwenden, deren Zweck der Kanzler zu bezeichnen habe. Die Herren Bogge (Mecklenburg), von Goeler (Baden), Frhr. von Lerchenfeld (Bayern), Ackermann (Dresden) und Staude (Halle) erklären, daß ihre Komitees zum Zwecke der Fundirung einer Bismarckstiftung gesammelt hätten; sie empfehlen jedoch schließlich den Theilungsantrag des Herrn von Bennigsen. Prof. Windscheid aus Leipzig, welcher die Sympathie des Volkes als Bismarck's politisches Kapital bezeichnet, würde ein persönliches Geschenk, wie der Gutskauf es sein würde, eventuell für ein nationales Unglück halten. Prof. Windscheid stimmte auch mit noch fünf anderen Herren gegen den Gutskauf. Es wurde auch konstatirt, daß das Gut in Schönhausen, auf dem Fürst Bismarck geboren und erzogen worden ist, bereits ihm gehört, während das anzukaufende jetzige Gärtner'sche Gut früher einmal der Familie gehört hat.

Vernickelungs-Anstalt
Schladitz & Bernhardt, 10 Wettinerstrasse 10.